



„Wir stellen uns den Herausforderungen“

Arbeitsprogramm / Prioritäten der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft 1. Juli – 31. Dezember 2009

„Für die Europäische Union bricht eine entscheidende Zeit an. Gemeinsam müssen wir der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit begegnen, aber auch die Welt zusammenführen, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft stellt sich den Herausforderungen.“ (Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt)

Selten war die europäische Zusammenarbeit wichtiger als heute. Wir leben in einer Zeit, in der sich die Welt rasch verändert und **große gemeinsame Herausforderungen** auf globaler und regionaler Ebene bewältigt werden müssen. Die Europäische Union baut Grenzen ab und eröffnet Möglichkeiten. Wir müssen gemeinsam für ein **Europa** wirken, das **Verantwortung für Wirtschaft, Wohlstand, Umwelt, Sicherheit und Frieden** übernimmt. Wo die EU-Zusammenarbeit einen Mehrwert hat, muss sie weiterentwickelt werden.

Schweden übernimmt im zweiten Halbjahr 2009 den Vorsitz im Ministerrat der Europäischen Union. Die Vision dieser Ratspräsidentschaft ist ein **starkes und handlungsfähiges Europa**, in dem die gemeinsame Verantwortung für den Umgang mit den Herausforderungen von heute und morgen im Mittelpunkt steht, einschließlich der Bereitschaft zur Krisenbewältigung.

Veränderung und Erneuerung prägen das kommende Halbjahr. Das neu gewählte Europäische Parlament wird seine Arbeit aufnehmen und eine neue Kommission ernannt. Tritt der Vertrag von Lissabon in Kraft, ändern sich die Grundlagen der Zusammenarbeit.

Die größten und wichtigsten Herausforderungen bilden **Wirtschaft, Beschäftigung und Klimaschutz** – Themen, die jede Bürgerin und jeden Bürger in der Europäischen Union betreffen. Die wichtigsten Zielsetzungen der schwedischen Ratspräsidentschaft lauten:

- **Die Europäische Union soll gestärkt aus der Wirtschaftskrise hervorgehen.** Die Welt erlebt gegenwärtig eine der gravierenderen Finanz- und Wirtschaftskrisen unserer Zeit. Die **wirtschaftliche Situation** ist weiterhin sehr angespannt. Die öffentlichen Finanzen geraten immer stärker in Bedrängnis, und für den Herbst wird ein Anstieg der **Arbeitslosigkeit** erwartet. Damit die Europäische Union der Krise wirksam begegnen kann, bedarf es einer gemeinsamen **Handlungsfähigkeit** sowohl im Finanz- und Wirtschaftsbereich als auch auf dem Arbeitsmarkt. Der Ratsvorsitz wird zusammen mit den Mitgliedstaaten weiter daran arbeiten, den negativen Auswirkungen der Krise auf Wachstum und Beschäftigung entgegenzuwirken mit dem Ziel, so schnell wie möglich eine Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft zu erreichen.
- **Die Europäische Union soll auch weiterhin Verantwortung für den Klimaschutz tragen.** Die große Herausforderung unserer Zeit besteht in der Abwehr der Klimagefahren und in der Bekämpfung des globalen Klimawandels. Der **Klimawandel** wirkt sich stark auf die Gesellschaften, den einzelnen Menschen und kommende Generationen aus. Die Europäische Union wird die **weltweite Klimaarbeit** weiter vorantreiben. Es ist Aufgabe des Ratsvorsitzes, sich zusammen mit den anderen Parteien dafür einzusetzen, dass im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen im Dezember in Kopenhagen ein **neues Klimaabkommen** verabschiedet wird.

Sich als Europäische Union dieser beiden Aufgaben anzunehmen, ist ein ehrgeiziges Vorhaben. Gleichzeitig stellt es aber auch eine Gelegenheit dar, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, neue Arbeitsplätze zu schaffen und zu einer gesünderen Umwelt beizutragen. Der Ratsvorsitz strebt danach, die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Politikbereichen so zu entwickeln, dass gesundes **Wirtschaftswachstum** mit einer **geringeren Klima- und Umweltbelastung vereinbar** wird. Dazu sind gut entwickelte Leitinstrumente, erhöhte Innovationskraft und eine Erneuerung der europäischen Wirtschaft nötig.

Europa steht vor mehreren Herausforderungen. Die Europäische Union soll weiter zu einem von **höherer Sicherheit** und **größerer Offenheit** geprägtem **Europa** heranwachsen. Die schwedische Ratspräsidentschaft setzt sich für die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein, um **demokratische Werte** und die **Rechte des Individuums** zu schützen und um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen im Kampf gegen die internationale **Kriminalität**. Zudem muss die EU an einer wirksameren **Asyl- und Migrationspolitik** arbeiten. Zielsetzung der Ratspräsidentschaft ist es, die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres durch das so genannte **Stockholmer Programm**, das im Herbst angenommen werden soll, weiterzuentwickeln.

Die **Ostseeanrainerstaaten** haben gemeinsame Probleme zu lösen. Eines davon betrifft unseren Umgang mit den akuten und schwerwiegenden Umweltproblemen in der Ostsee, ein anderes, wie wir den Ostseeraum zu einem stärkeren Motor für Wachstum und Entwicklung machen können. Die schwedische Ratspräsidentschaft wird die regionale Zusammenarbeit in der EU mit dem Ostseeraum als Pilotregion weiterentwickeln. Durch die Anwendung des Gemeinschaftlichen Besitzstandes soll der Zustand der **Umwelt** verbessert und die **Wettbewerbsfähigkeit** in der Region gestärkt werden. Zielsetzung des schwedischen Ratsvorsitzes ist die Annahme einer besonderen **Strategie** für den **Ostseeraum** durch die Europäische Union.

Die schwedische Ratspräsidentschaft engagiert sich für die Stärkung der **Rolle der EU** als **globaler Akteur** mit einer deutlichen Agenda für Frieden, Entwicklung, Demokratie und Menschenrechte. Die **Erweiterung** ist der erfolgreichste Weg, in Europa zu Frieden, Demokratie und Wohlstand beizutragen. Die Arbeit an ihr wird fortgesetzt.

Eine Grundlage für die Prioritäten des schwedischen Ratsvorsitzes bildet die Trio-Präsidentschaft mit Frankreich und der Tschechischen Republik und das im Juni 2008 angenommene 18-Monatsprogramm. Im Herbst wird an allen Themen, die auf der Tagesordnung der EU stehen, intensiv gearbeitet. (Die Schwerpunktthemen der jeweiligen Ratskonstellation sind in Teil 2 des Programms aufgeführt, der in englischer und französischer Sprache auf der Informationsplattform der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft www.se2009.eu präsentiert wird.)

1. Wirtschaft und Beschäftigung – die EU geht gestärkt aus der Wirtschaftskrise hervor

Die weltweite Finanzkrise hat Europa mit voller Kraft getroffen. Zu ihren Folgen zählen sinkendes Wachstum, Firmeninsolvenzen und Arbeitslosigkeit. Seitdem die ersten Auswirkungen der Krise spürbar wurden, nimmt die Finanz- und Wirtschaftskrise einen wichtigen Platz auf der Tagesordnung der Europäischen Union ein. Dank eines gemeinsamen Handelns hat die EU dazu beigetragen, dass ein Zusammenbruch der Finanzmärkte verhindert werden konnte. Die Europäische Union hat sich auf einen Plan zur Wiederbelebung der Wirtschaft geeinigt, um der Konjunkturflaute zu begegnen, die Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation zu dämpfen und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Die schwedische Ratspräsidentschaft wird die während des französischen und tschechischen Vorsitzes eingeleitete Arbeit weiterführen. Sie setzt sich für die Wiederherstellung des **Vertrauens in die Finanzmärkte** ein, für die Bekämpfung der **negativen Auswirkungen der Krise** auf Wachstum und Beschäftigung sowie für die Erarbeitung **langfristiger Lösungen** für nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung und offene Märkte.

Krisenzeiten bedeuten große Herausforderungen für die öffentlichen Finanzen. Eine gute Haushaltsdisziplin fördert eine gesunde ökonomische Entwicklung. Ein zentraler Aspekt ist deshalb die Diskussion darüber, wie die Mitgliedstaaten der EU die **Ordnung in den öffentlichen Finanzen aufrechterhalten** können.

Die Wirtschaftskrise ist eine globale Krise und erfordert eine globale Antwort. Die **G20** (19 wichtige Volkswirtschaften sowie die EU) sind hierbei ein wichtiges Forum. Im Herbst werden die G20 über Mittel

für die internationalen Finanzinstitutionen, über die Regulierung und die Kontrolle der Finanzmärkte, die Bekämpfung des schädlichen Steuerwettbewerbs und über eine Erhöhung der Ressourcen für die Weltwirtschaft beraten. Die schwedische Ratspräsidentschaft wird sich für einen **gemeinsamen Standpunkt der Europäischen Union** im Vorfeld der **G20-Treffen** einsetzen.

Mehr Arbeitsplätze und mehr Menschen in Arbeit

Es ist zu erwarten, dass mit der Abschwächung der Wirtschaft weitere Entlassungen angekündigt und durchgeführt werden. Dies wird große negative Auswirkungen auf den einzelnen Betroffenen und auf die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit haben. Die Wirtschaftskrise verlangt von uns ein wirksames Handeln, um die Folgen zu begrenzen und zu lindern. Wir müssen es vermeiden, Fehler früherer Jahrzehnte zu wiederholen, die zu langjähriger Ausgrenzung oder zum vorzeitigen Verlassen des Arbeitsmarktes führen. Aus diesem Grund prioritiert die schwedische Ratspräsidentschaft Engagement in Bezug auf **Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt**, die die **Arbeitslosigkeit begrenzen**, die **Ausgrenzung verringern** und die **Menschen zurück in Arbeit** bringen. Gleichzeitig soll die Grundlage für eine **hohe** und langfristig **nachhaltige Beschäftigung** geschaffen werden.

Die Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik liegt bei den Mitgliedstaaten, der Mehrwert der Europäischen Union im gemeinsamen Erfahrungsaustausch und in Verpflichtungen, auf nationaler Ebene Maßnahmen zu ergreifen, um die Beschäftigung von Frauen und Männern in der gesamten Union zu erhöhen. Der Arbeitslosigkeit zu begegnen, ist ein großes Bedürfnis sowohl der Gemeinschaft als auch jedes einzelnen Mitgliedstaates. Eine **schnelle Rückkehr in eine Beschäftigung** muss erleichtert und die **Beschäftigungsfähigkeit des Einzelnen** sowie dessen Stellung auf dem Arbeitsmarkt auf lange Sicht gestärkt werden. Eine **aktive Arbeitsmarktpolitik** für eine bessere **Anpassung** und **Mobilität** auf dem Arbeitsmarkt der Europäischen Union, ein **effektiverer Abgleich** mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes, sowie bessere Qualifizierungsmaßnahmen und mehr **Unternehmer** sind wichtige Faktoren, um die Krise auf dem Arbeitsmarkt kurz- und langfristig zu meistern. Bei den Unternehmen ist neben finanzieller Stabilität und verbessertem Zugang zu Kapital die Arbeit an einer **Vereinfachung der Vorschriften** sowie **bessere Bedingungen** für kleinere Unternehmen von großer Bedeutung.

Funktionsfähige Finanzmärkte durch bessere Kontrolle und Regulierung

Die jetzige Krise hätte nicht so folgenschwere Ausmaße angenommen, hätten die Aufsichtsorgane die Risiken auf den Finanzmärkten vorhersehen können. Deshalb bedarf es **neuer Bestimmungen** und **stärkerer Kontrollorgane**.

Zielsetzung der schwedischen Ratspräsidentschaft ist es, ein Übereinkommen zu den Formen einer neuen **Aufsichtsstruktur** zu erreichen, die unter anderem die Bildung eines **europäischen Organs** zur **Überwachung** der **Stabilität** des gesamten Finanzsystems umfasst. Die neue Struktur beinhaltet auch einen Vorschlag zur Schaffung eines **europäischen Systems** der **Finanzaufsicht** auf **Mikroebene**, das unter anderem eine wirksamen Kontrolle grenzüberschreitend agierender Banken und eine funktionierende Zusammenarbeit nationaler Aufsichtsbehörden gewährleisten soll.

Langfristiges Wachstum und Beschäftigung im nächsten Jahrzehnt

Obwohl die EU zurzeit mit der schweren Finanzkrise beschäftigt ist, dürfen die langfristigen Herausforderungen nicht aus den Augen verloren werden. Nur durch eine hohe Beschäftigung und gesunde öffentliche Finanzen können wir unsere Wohlfahrtssysteme in Europa sichern. Die Finanzkrise hat die Bedeutung **langfristiger Reformen** deutlich gemacht, um die **Anpassung**, die Etablierung **neuer Unternehmen** und die Schaffung von **Beschäftigungsmöglichkeiten** zu erleichtern. Die Krise bietet auch die Möglichkeit, eine Wirtschaft zu entwickeln, die Wachstum mit umweltfreundlicher Nachhaltigkeit verbindet. Die Grundlage für eine Wiederbelebung der Wirtschaft bilden **offene, allumfassende** und **gut funktionierende Märkte** innerhalb und außerhalb der EU. Es muss Verbrauchern und Unternehmen erleichtert werden, die Vorteile des EU-Binnenmarktes zu nutzen. Ein gutes **Wirtschaftsklima** mit einfachen Regeln fördert die Gründung und Weiterentwicklung von Unternehmen. **Innovation** und **Forschung** schaffen neue Entwicklungsbereiche. **Gut funktionierende Arbeitsmärkte** erleichtern im Zusammenwirken mit **modernen Sozialversicherungssystemen** Umstellungen sowohl für die Unternehmen als auch für das Individuum.

Im Hinblick auf das kommende Jahrzehnt steht die EU vor mehreren großen Herausforderungen. Dabei geht es um ihre Entwicklung in einem stärkeren **globalen Wettbewerb**, die Wiederherstellung ausgeglichener **öffentlicher Finanzen** und den Umgang mit den Konsequenzen einer **alternden**

Bevölkerung. Es bedarf eines neuen strategischen und gezielten Plans für langfristiges Wachstum und Wohlstand. Die schwedische Ratspräsidentschaft möchte an der Schaffung der Grundlagen für die **nächste langfristige Wachstums- und Beschäftigungsstrategie** nach der Lissabon-Strategie mitwirken. Dies mit dem Ziel, während des schwedischen Ratsvorsitzes eine Einigung zu übergreifenden Herausforderungen und einer generellen Ausrichtung zu erreichen. Beschlossen wird die zukünftige Strategie während des spanischen Ratsvorsitzes im Frühjahr 2010.

2. Klima – ein neues Klimaabkommen

Die **Treibhausgasemissionen** nehmen zu, und die **Klimaänderungen** vollziehen sich nunmehr **schneller** als von der Forschung vorhergesagt. Von Tag zu Tag erhöht sich die Gefahr nicht beeinflussbarer Veränderungen des Klimasystems. Die **globale Erderwärmung** stellt eine **Bedrohung der Umwelt** dar, die **globale Lösungen erfordert**. Emissionen sind überall auf der Welt gleich schädlich. Gemeinsam ist ihnen auch, dass sie sich stark negativ auf das Leben auf der Erde auswirken. Um die Treibhausgasemissionen weltweit zu reduzieren, müssen in allen Ländern Maßnahmen ergriffen werden. Das ist eine **Herausforderung**, die eine **gemeinsame Haltung** im Hinblick auf **langfristige Maßnahmen** in allen Bereichen der Gesellschaft erfordert – lokal, national und international.

Die Europäische Union stützt sich auf Angaben des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) der Vereinten Nationen, die besagen, dass die globalen Treibhausgasemissionen von 1990 bis 2050 mindestens halbiert werden müssen, um den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperaturen auf **zwei Grad** zu **begrenzen**. Das bedeutet, dass die **industrialisierte Welt** ihre Emissionen verglichen mit dem Niveau von 1990 bis zum **Jahr 2020 um 25-40 Prozent** und bis zum Jahr 2050 um 80-95 Prozent verringern muss. Gemäß dem IPCC ist es zudem wichtig, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die **Entwicklungsländer** ihre Emissionen bis zum Jahr 2020 um **15-30 Prozent** verglichen mit einer Situation ohne Maßnahmen senken können.

Die Klimathematik stellt eine Herausforderung dar, die Zusammenarbeit und gemeinsames Handeln sowohl in Europa als auch in der ganzen Welt notwendig macht. Setzen wir uns weltweit dafür ein, unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern, können wir **beträchtliche Kosten vermeiden**, die sonst in **Zukunft** aufgrund von Umweltkatastrophen auf uns zukommen. Die Industrieländer stehen hier in der besonderen Pflicht, eine Vorreiterrolle einzunehmen, da unsere Treibhausgasemissionen höher sind als die in armen Teilen der Welt. Außerdem verfügen wir über günstigere wirtschaftliche Voraussetzungen.

Ein globales Abkommen über die Verringerung von Emissionen

Den Kern der internationalen Klimaarbeit bildet das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen. Fast alle Staaten der Erde nehmen an der Arbeit im Rahmen dieses Übereinkommens teil. Das Kyoto-Protokoll enthält Verpflichtungen der Industrieländer zur Reduzierung der Emissionen bis zum Jahr 2012. Auf dem Klimagipfel der Vertragsparteien im **Dezember 2009 in Kopenhagen** sollen **neue Verpflichtungen** für die **Zeit nach 2012** beschlossen werden. Die **wichtigste Zielsetzung** der schwedischen Ratspräsidentschaft ist es, die Europäische Union so zu leiten, dass sie sich auf dem Klimagipfel in Kopenhagen zusammen mit den **anderen Parteien** auf ein **internationales Klimaabkommen einigen** kann.

Die Europäische Union engagiert sich in Vorbereitung dieses Gipfels in Kopenhagen besonders aktiv in der Klimaarbeit. Während des französischen Ratsvorsitzes verabschiedete die EU ein **ehrgeiziges Paket von Rechtsvorschriften** zur Bekämpfung des Klimawandels. Sie hat beschlossen, ihre CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 30 Prozent verglichen mit dem Niveau von 1990 zu verringern, wenn andere Industrieländer vergleichbare Verpflichtungen eingehen. Ansonsten gilt, dass die EU ihren CO₂-Ausstoß bis 2020 einseitig um 20 Prozent verglichen mit 1990 reduziert.

Gleichzeitig steht außer Frage, dass die Europäische Union, auf die 14 Prozent der weltweiten Emissionen entfallen, dem Klimawandel **nicht allein** entgegenwirken kann. Deshalb ist die Verabschiedung eines **neuen weltweiten Abkommens** von großer Bedeutung.

Anpassung und Finanzierung, um alle einzubinden

In den internationalen Verhandlungen sind noch einige wichtige Fragen zu lösen. Erstens ist zu klären, wie die Industrieländer **Emissionssenkungen von 25-40 Prozent** erreichen sollen. Adäquate und

bindende Verpflichtungen über zukünftige Emissionssenkungen für Industrieländer sind notwendig. Zweitens muss eine Einigung über **Emissionsbegrenzungen in wachsenden Volkswirtschaften** erzielt werden. Mittelfristige Maßnahmen in diesen Staaten entscheiden auch über die Möglichkeit, den globalen Trend zunehmender Emissionen umzukehren und das Ziel der Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad im Auge zu behalten. Die dritte Frage, die einer Lösung bedarf, ist die **Finanzierung der Anpassung der Maßnahmen zur Emissionssenkung in den Entwicklungsländern** und des **Techniktransfers** in diese Länder. Anpassungsmaßnahmen sind notwendig, um die Schäden zu beheben, die der Klimawandel bereits angerichtet hat und zukünftig verursachen wird. Erforderlich ist auch die Entwicklung der Emissionsmärkte und marktwirtschaftlicher Instrumente sowie eine stärkere ergänzende öffentliche Finanzierung. Zur Beschaffung, Steuerung und Verwaltung von Mitteln liegen mehrere Vorschläge vor, die im Herbst weiter diskutiert werden.

Die Rolle der Europäischen Union

Eine Voraussetzung für das Vorantreiben der Klimaverhandlungen ist die **weitere Einigkeit innerhalb der EU**. Die Mitgliedstaaten haben sich mit der Verabschiedung des Klima- und Energiepakets auf eine ehrgeizige interne Klimapolitik verständigt. Die Politik der EU muss sich weiterentwickeln, unter anderem in der Frage der **Finanzierung**. Dies nicht zuletzt, um die Erwartungen zu erfüllen, die die Entwicklungsländer an die Union stellen. Wir brauchen ein **breites Abkommen** für die Zeit nach 2012. Die EU muss auch andere Industrieländer für ehrgeizige Emissionssenkungen gewinnen. Um die internationalen Verhandlungen vorzubereiten und in ihnen aktiv zu agieren, bedarf es neuer Stellungnahmen innerhalb der EU. Ausgangspunkt für die schwedische Ratspräsidentschaft ist es, im Rahmen eines gemeinsamen Ansatzes und unter Achtung der nationalen Verhältnisse für den Zusammenhalt der EU zu wirken und die Rolle der EU als positive Kraft in den Klimaverhandlungen aufrechtzuerhalten.

Eine wichtige Rolle hat die Europäische Union in den Beziehungen zu den **Entwicklungsländern** zu spielen, die oft besonders stark unter Klimaänderungen leiden. Ein zentraler Aspekt sowohl im Vorfeld des Gipfeltreffens in Kopenhagen als auch auf längere Sicht ist der Bedarf an wirksamer Unterstützung zur **Erleichterung der Anpassung** von Staaten und Menschen an die Folgen des Klimawandels. Die von der schwedischen Regierung initiierte *Kommission für Klimawandel und Entwicklung* ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Beitrag. Die schwedische Ratspräsidentschaft wird die EU in diesen Themenbereichen voranbringen, sind selbige doch auch bedeutungsvoll für die Gestaltung der zukünftigen Entwicklungszusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission.

Des Weiteren setzt sich der schwedische Ratsvorsitz dafür ein, dass die EU durch eine starke politische Führung die Umstellung auf eine **ökoeffiziente Wirtschaft** fördert, in der Wachstumsmöglichkeiten gestärkt werden und man aus der Berücksichtigung von Umwelt- und Klimaaspekten Nutzen zieht. Die Ratspräsidentschaft wird eine Debatte initiieren, um diese Entwicklung zu ermöglichen.

3. Justiz und Inneres – ein Stockholmer Programm, das Sicherheit und die Rechte des Individuums schützt

Im Bereich Justiz und Inneres hat sich die europäische Zusammenarbeit schrittweise entwickelt. Gemeinsame Regelwerke und Methoden kommen zum Einsatz, um eine von Rechtssicherheit geprägte grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu gewährleisten. Eine Herausforderung für die Ratspräsidentschaft ist die **Weiterentwicklung der Zusammenarbeit** in Bereichen, in denen die Kooperation über Nationsgrenzen einen Mehrwert mit sich bringt. Die Ratspräsidentschaft strebt die Annahme eines **neuen strategischen Arbeitsprogramms** für den **gesamten Politikbereich** an. Dieses, das dritte seiner Art, soll Rahmen und Richtung der EU-Zusammenarbeit in den Jahren 2010-2014 unter anderem in Polizei-, Grenz- und Zollangelegenheiten, rechtlichen Belangen sowie in den Bereichen Asyl, Migration und Visumpolitik angeben. Die Vision für die Arbeit am **Stockholmer Programm** besteht in einem sichereren und offeneren Europa, in dem die Rechte des Individuums geschützt werden.

Das Europa der Bürgerinnen und Bürger

In Bereichen, die die **Freizügigkeit** von Personen betreffen, muss die europäische Zusammenarbeit Lösungen für die Alltagsprobleme der Menschen anbieten. Die Bürgerinnen und Bürger der EU verlegen innerhalb Europas immer häufiger ihren Wohnsitz. Immer mehr von ihnen arbeiten im Ausland und bilden Familien mit Staatsangehörigen anderer Länder. Deshalb ist es wichtig, die **Deutlichkeit** zu **erhöhen**, z.

B. wenn es darum geht, welche Bestimmungen zur Anwendung kommen sollen, um die Freizügigkeit zu erleichtern.

Zusammenarbeit im Rahmen der Verbrechensbekämpfung

Um Kriminalität wirksam bekämpfen zu können, müssen Behörden **grenzüberschreitend zusammenarbeiten** können, sowohl über Grenzen zwischen Mitgliedstaaten der EU hinweg als auch zwischen der EU und anderen Staaten. Von großer Bedeutung sind Maßnahmen zur Verbesserung des Wissens- und **Informationsaustausches**, der die Voraussetzung für die Vorbeugung, Aufdeckung und Aufklärung von Verbrechen darstellt. Die schwedische Ratspräsidentschaft strebt eine **Ausgewogenheit** von wirksamer Verbrechensbekämpfung und Maßnahmen zur **Gewährleistung der Rechte des Individuums** an. Die europäische Zusammenarbeit muss sich noch stärker auf Maßnahmen für das Individuum konzentrieren. Dies gilt für die Rechte der Opfer von Verbrechen ebenso wie für die von Personen, die eines Verbrechens verdächtigt werden.

Asyl- und Migrationsthemen der Zukunft

Die Europäische Union hat in ihrer Arbeit an einer **gemeinsamen Asylpolitik** viel erreicht. Die schwedische Ratspräsidentschaft wird sich für ein gemeinsames Asylsystem einsetzen, das von Rechtssicherheit und Offenheit geprägt ist. Es ist wichtig, dass die gemeinsamen Bestimmungen beispielsweise bei der Aufnahme von Personen, der Prüfung von Asylanträgen und der Rückführung wie vorgesehen in den Mitgliedstaaten zur Anwendung kommen. Eine andere wichtige Zielsetzung ist die Formulierung gemeinsamer Regeln bezüglich der **Neuansiedlung**, um denjenigen zu helfen, die des Schutzes bedürfen, aber nicht in die EU gelangen können.

Neben Asyl- genießen auch **Migrationsfragen** hohe Priorität. Die Bevölkerung der Europäischen Union wird immer älter. Trotz Arbeitslosigkeit braucht die EU einen **Zuzug von Arbeitskräften**, vor allem auf längere Sicht. Das Stockholmer Programm sollte deshalb Maßnahmen beinhalten, die einen stärkeren Zuzug von Arbeitskräften in die EU ermöglichen. Der **globale Ansatz der Union** zur Migration stellt ein wichtiges Instrument zur Stärkung der positiven Wechselwirkungen zwischen **Migration** und **Entwicklung** dar, zur Vertiefung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit Staaten außerhalb der EU sowie zur Bekämpfung von irregulärer Einwanderung, ohne dass die Möglichkeit, Asyl zu beantragen, untergraben wird.

4. Die Ostseestrategie der EU, ein gesünderes Meer und eine wettbewerbsfähigere Region

Die Europäische Union und ihre Regionen stärken einander gegenseitig. Die schwedische Ratspräsidentschaft hat es sich zur Aufgabe gemacht, die **makroregionale Zusammenarbeit** der EU **weiterzuentwickeln**. Zielsetzung ist es, eine **EU-Strategie für den Ostseeraum** zu verabschieden, die in einem gesünderen Meer und in einer Region mit größerer wirtschaftlicher Dynamik resultiert. Dies vor dem Hintergrund großer Herausforderungen, mit denen der Ostseeraum kämpft und die am besten gemeinsam zu bewältigen sind. Da acht der neun Ostseeanrainerstaaten Mitglieder der EU sind, kann bei der **Bewältigung der Herausforderungen** der **Gemeinschaftliche Besitzstand** zur Anwendung kommen.

Grenzüberschreitende Herausforderungen gemeinsam bewältigen

Eine der großen Herausforderungen ist die **Umweltzerstörung** in der Ostsee und in ihrem Umfeld. Probleme wie Überdüngung, Algenblüte, Überfischung und Verschmutzungen können nicht von einem Land allein gelöst werden. Die Ostsee ist ein einzigartiges Brackwasserbinnenmeer und ihr ökologisches Gleichgewicht leicht zu stören. Die Ostseestrategie der EU zielt darauf ab, sich in größerem Maße gemeinsam diesen Herausforderungen zu stellen, z. B. durch ein Verbot von Phosphaten in Waschmitteln und Maschinengeschirrspülmitteln, durch die Verringerung der schädlichen Auswirkungen von Düngemitteln und anderen Nährstoffeinschwemmungen sowie durch eine effiziente Überwachung der Fischerei.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass das **Wachstumspotential** in der Region bisher nicht voll ausgeschöpft wird und die Finanzkrise das Umfeld des Ostseeraums hart getroffen hat. Genau wie andere Regionen würde der Ostseeraum von einer besseren Koordinierung profitieren. Es braucht größere gemeinsame Projekte in den Bereichen Forschung, Innovation und Unternehmertum. Das lässt sich beispielsweise dadurch realisieren, dass man die Arbeit kleiner Unternehmen erleichtert,

Handelshindernisse beseitigt und Ressourcen gerichtet einsetzt. Energiemärkte, Infrastruktur und Transportsysteme müssen gemeinsam ausgebaut werden. Darüber hinaus sind Maßnahmen in den Bereichen IT und elektronische Kommunikation notwendig.

Ein weiteres Problem, das gemeinsam gelöst werden muss, ist die **grenzüberschreitende Kriminalität**. Es bedarf einer besseren Zusammenarbeit im Kampf gegen Menschenhandel und andere Formen organisierter Kriminalität, um die Sicherheit in der Region zu erhöhen. Außerdem könnte die Sicherheit auf der Ostsee beispielsweise durch eine Seeüberwachung verbessert werden.

Neues Instrument für engere Zusammenarbeit

Es besteht die Hoffnung, dass sich die Ostseestrategie der EU zu einem **Instrument mit konkreten Maßnahmen** entwickelt, die für den Alltag der Menschen wirkliche Bedeutung haben. Das Modell wird anderen Regionen in der EU als Inspiration dienen können. Die Strategie soll Maßnahmen der EU, Politikinstrumente und Ressourcen zum Nutzen für den Ostseeraum, dessen Natur und Wettbewerbsfähigkeit miteinander verbinden. Sie soll eine **engere Zusammenarbeit**, eine **bessere Anwendung des Gemeinschaftlichen Besitzstandes** und eine **effizientere Nutzung** vorhandener **EU-Mittel** unterstützen.

5. Die EU, ihre Nachbarn und die Welt

Die Europäische Union wurde gegründet, um in Europa **Frieden** und **wirtschaftliche Entwicklung** zu **gewährleisten**. Die Union schultert zudem immer stärker ihre Verantwortung für die Förderung von Frieden, Stabilität und Entwicklung sowohl in ihrer Nachbarschaft als auch in anderen Teilen der Welt. Durch Dialog, Verhandlungen und Anreize gewinnt die EU auch global immer mehr an Kraft.

Die globale Rolle der EU

Der schwedische Ratsvorsitz wird die Arbeit zur **Stärkung der EU als globaler Akteur** mit einer klaren Agenda für Frieden, Entwicklung, Demokratie und Menschenrechte fortführen. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der Handlungsfähigkeit der EU in **internationalen Krisen** und für eine Stärkung der **Zusammenarbeit mit wichtigen Partnern** ein. Wir wollen dazu beitragen, dass **Maßnahmen** im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und in der Handels- und Entwicklungspolitik **ineinander greifen**.

Die Beziehungen zu den Nachbarn der EU sind von großer Wichtigkeit. Deshalb wird die **europäische Nachbarschaftspolitik** weiterentwickelt. Besondere Bedeutung kommt der Umsetzung der **Östlichen Partnerschaft** zu. Darüber hinaus wollen wir uns für eine engere Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten in der Mittelmeerregion, unter anderem im Rahmen der **Union für den Mittelmeerraum** einsetzen.

Auf globaler Ebene wird der schwedische Ratsvorsitz die neuen Voraussetzungen für einen vertieften **transatlantischen Dialog** nutzen. Es ist wichtig, dass die EU ihr Engagement im Hinblick auf **Afghanistan** und **Pakistan** noch verstärkt. Die Rolle der Europäischen Union als Akteur im **Nahen Osten** muss weiter gestärkt werden und es muss die Bereitschaft vorliegen, auf Krisen in **Afrika** einzugehen.

Zu anderen wichtigen Themen, die weiter vorangetrieben werden müssen, zählen die Stärkung der Fähigkeit der **Entwicklungsländer**, den **Klimaänderungen** zu begegnen und eine kraftvollere Unterstützung des **Aufbaus von Demokratie** durch die EU im Rahmen ihrer Außenbeziehungen.

Priorität räumt die schwedische Ratspräsidentschaft zudem den Handelsverhandlungen ein, einem hoffentlich schnellen Abschluss bei der **Doha-Runde**, aber auch Fortschritten in den **Freihandelsverhandlungen**.

Während der schwedischen Ratspräsidentschaft sind **Gipfeltreffen** mit einer Reihe von wichtigen Partnern geplant: Brasilien, Indien, China, Russland, Südafrika, der Ukraine und den USA.

Fortsetzung der Erweiterung

Die Fortsetzung des **Erweiterungsprozesses** ist von strategischer Bedeutung für die Gewährleistung von Frieden und Fortschritt in einem offenen, geeinten Europa. Es ist deshalb von zentraler Bedeutung,

dass die **EU** an ihren **Verpflichtungen** und den vereinbarten Prinzipien auf dem Gebiet der Erweiterung **festhält**. Das Tempo der Annäherung an die EU hängt von den Reformfortschritten jedes einzelnen Landes ab. **Kroatiens** Verhandlungen mit der EU können im Herbst eine Endphase erreichen. Die Ratspräsidentschaft strebt nach weiteren Fortschritten in den Beitrittsverhandlungen mit der **Türkei**. Eine Lösung der **Zypern-Frage** wäre ein starker Impuls für die Annäherung der Türkei an die EU. Der schwedische Ratsvorsitz wird sich auch dafür einsetzen, dass die Annäherung an die EU für Länder des **westlichen Balkans** im Einklang mit den Reformfortschritten jedes einzelnen Landes und gemäß den etablierten Verfahren stärker konkretisiert wird.

6. Neues Parlament, neue Kommission und der Vertrag von Lissabon

Die Arbeit der Europäischen Union wird in diesem Herbst von besonderen institutionellen Bedingungen geprägt sein. Nach der Europawahl im Juni formiert sich ein neues **Europäisches Parlament**, zudem wird eine neue **Kommission** ernannt. Wird der **Vertrag von Lissabon** von allen Mitgliedstaaten ratifiziert, ändern sich die Grundlagen der Arbeit der EU. Durch den Vertrag von Lissabon wird die EU effektiver und demokratischer. Die schwedische Ratspräsidentschaft setzt sich dafür ein, den Vertrag voller Zuversicht auf den Weg zu bringen. Wir müssen gute Voraussetzungen schaffen, damit der Vertrag von Lissabon von Anfang an reibungslos und wirksam in die Praxis umgesetzt werden kann.

Die schwedische Ratspräsidentschaft wird im Herbst **eng** mit allen Institutionen und Mitgliedstaaten **zusammenarbeiten**. Sie wird auch dem Europäischen Parlament auf bestmögliche Art und Weise für den Dialog und für Gespräche über die Arbeit des Rates zur Verfügung stehen.

Schlussbemerkung

„Nun hat Schweden in der EU den Hut auf. Unser Bestreben ist es, in einer Reihe von Fragen zu Ergebnissen zu kommen und dabei das Beste für Europa vor Augen zu haben. Das tun wir durch eine offene und effektive Ratspräsidentschaft, bei der die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt stehen.“ (EU-Ministerin Cecilia Malmström)

Europa steht vor zwei hauptsächlichen Herausforderungen: der internationalen Wirtschaftskrise und der Arbeit an der Eindämmung des Klimawandels. Die schwedische Ratspräsidentschaft wird sich in ihrer Arbeit intensiv dafür einsetzen, dass diese und andere wichtige Themen vorangebracht werden. Die tägliche EU-Arbeit soll **offen**, **effektiv** und **ergebnisorientiert** sein. Offen durch Transparenz und Zugänglichkeit, effektiv durch das Vorantreiben der Themen und ergebnisorientiert, indem wir uns für die Erfüllung von Zielsetzungen und die Bewältigung unvorhersehbarer Ereignisse einsetzen.